

Niederschrift

über die 4. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk in der Wahlperiode 2004/2009, am Donnerstag, dem 27.01.2005 von 17.05 bis 19.55 Uhr im Sitzungssaal 901 im Nebengebäude der VHS des Rathauses Kalk, Kalker Hauptstraße 247- 273, 51103 Köln (Kalk).

Anwesend:	Herr Bezirksvorsteher Dohm Frau Dr. Behring Herr Demirel Frau Diemer Frau Gärtner-Plückthun Herr Grahl Herr Hambloch Herr Kirchner Herr Krems Frau Mittmann Herr Schade Herr Schneider Herr Schuiszill Herr Sledzinski Herr Speck Herr Thiele Frau Topp-Burghardt Frau Wirtz
Ratsmitglieder:	Frau dos Santos Herrmann Frau Schmidt
Seniorenvertreter:	Herr Henn
Verwaltung:	Bürgeramtsleiterin Selter, stellv. Bürgeramtsleiter Mechernich, Herr Neuenhöfer – 66 -, Herr Odrowski, -32 -, Herr Buchwald, -26-
Entschuldigt:	Frau Schmedemann

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Einführung und Verpflichtung eines neuen Mitgliedes der Bezirksvertretung Kalk gem. § 36 Abs. 5 i. V. m. § 67 Abs. 3 GO NW u. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln durch den Bezirksvorsteher**
- B Wahl eines/r 2. stellvertretenden Bezirksvorstehers/in gem. § 36 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 67 Abs. 2 GO NW unter Leitung des Bezirksvorstehers**
- C Einführung u. Verpflichtung des/r 2. Stellvertreters/in des Bezirksvorstehers gem. § 36 Abs. 5 i.V.m. § 67 Abs. 3 GO NW u. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln durch den Bezirksvorsteher**
- 1. Einwohnerfragestunde**
 - 2. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs. 7 HS**
 - 3. Einwohneranträge gem. § 35 GO, § 15 Abs. 7 HS**
 - 4. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gem. § 26 GO, § 16 Abs. 7, § 17 HS**
 - 5. Anregungen und Stellungnahmen des Ausländerbeirates gem. § 27 GO, § 23 Abs. 1 HS**
 - 6. Annahme von Schenkungen**
 - 7. Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 7.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
 - 7.1.1 Antrag der CDU-Fraktion
Betreff: Beschilderung zum Schulgelände Hardtgenbuscher Kirchweg 100
 - 7.1.2 Antrag der SPD-Fraktion
Betreff: Schlechter Wegebelaag, Verbindungsweg Sibeliusstraße zur Waldstraße in Köln-Vingst
 - 7.1.3 Antrag der SPD-Fraktion
Betreff: Ergänzung des Überweges Schulstraße/Oranienstraße in Köln-Höhenberg (Schulwegsicherungsmaßnahme)
 - 7.1.4 Antrag der SPD-Fraktion
Betreff: Verschönerung des Spielplatzes Stadtgarten in Köln-Kalk
 - 7.1.5 Antrag der CDU-Fraktion
Betreff: Aufhebung des absoluten Halteverbotes im Wendehammer Andreas-Hermes-Straße
 - 7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO

8. Verwaltungsvorlagen

8.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Ab. 1 HS

- 8.1.1 Benennung von Planstraßen im Umlegungsgebiet 375 (Brück)
–Geviert Olpener Straße/Hoffnungsthaler Straße/Königsforststraße/Brücker Maus-
pfad-
DS-Nr. 001/805

und

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

- 8.1.2 Veranschlagung bezirksorientierter Mittel nach § 37 Abs. 3 GO NW für das
Haushaltsjahr 2005/2006
DS-Nr. 002/805

8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Satze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

- 8.2.1 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 14 Ladenschlussgesetz für die Genehmigung
von Sonderöffnungszeiten für Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen
anlässlich besonderer Veranstaltungen
DS-Nr. 001/005
- 8.2.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 5101
- Einleitungs- u. Offenlagebeschluss –
Arbeitstitel: Rolshover Straße in Köln-Poll und Köln-Humboldt/Gremberg
DS-Nr. 1438/004
- 8.2.3 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Ganztagsangebote für 10 – 14 jährige Schülerinnen u. Schüler in Jugendeinrichtun-
gen und Bürgerzentren
DS-Nr. 151/804
- 8.2.4 Beratung des Entwurfs des Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2005/2006 mit
Investitionsprogramm bis 2008
DS-Nr. 003/805

und

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

9. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Be- zirksvertretungen

9.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

- 9.1.1 mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Betr.: Razzia wegen Schwarzarbeit ggü. Kalk-Arkaden

Bezug: Sitzung der BV Kalk vom 9. 12. 2004 – TOP 9.3.2

- 9.1.2 Anfrage Herr Wolfgang Speck
Betr.: Müllvermeidung in den Stadtteilen

Bezug: Sitzung der BV Kalk vom 9. 12. 2004 –TOP 9.2.2
- 9.1.3 mündliche Anfrage Herr Bruno Kirchner
Betr.: Gewährung städt. Beihilfen an Sportvereine im Bezirk Kalk

Bezug: Sitzung der BV Kalk vom 9. 11. 2004 –TOP 10.2.3
- 9.1.4 Anfrage CDU-Fraktion
Betr.: Parkscheinautomat Brücker Mauspfad

Bezug: Sitzung BV Kalk vom 9. 11. 2004 - TOP 9.2.2
- 9.1.5 mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Betr.: Einladung zur Kunstroute in Kalk

Bezug: Sitzung BV Kalk vom 9. 12. 2004 - TOP 9.3.1
- 9.1.6 Anfrage SPD-Fraktion
Betr.: Ortsumgehung Ostheim

Bezug: Sitzung BV Kalk vom 9. 11. 2004
- 9.1.7 Anfrage CDU-Fraktion
Betr.: Benachrichtigungen der Stadt bzgl. abgelaufener Personalausweise

Bezug: Sitzung BV Kalk vom 9. 12. 2004
- 9.2 Neue Anfragen
- 9.2.1 Anfrage Herr Wolfgang Speck
Betreff: „Wochenmarktproblematik“ in Kalk
- 9.2.2 Anfrage der CDU-Fraktion
Betreff: Nicht aufgeführte Straßen im Straßenreinigungsverzeichnis – Hans-Schulten-Straße – Neubrücker Ring – Rather Kirchweg
- 9.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion
Betreff: Fahrbahnbelag Alte Forststraße in Rath/Heumar
- 9.2.4 Anfrage der CDU-Fraktion
Betreff: Tischtennisplatten auf dem Marktplatz Ostheim (Hardtgenbuscher Kirchweg/
Rösrather Straße
- 9.2.5 Anfrage der CDU-Fraktion
Betreff: Anlegen von 2 Drainagen auf dem Bolzplatz Ostheim / Kläranlage
- 9.2.6 Anfrage der SPD-Fraktion
Betreff: Aktion Wintercheck im Stadtbezirk 8
- 9.2.7 Anfrage der SPD-Fraktion
Betreff: Abmontierte Sitzbänke in Höhenberg

- 9.2.8 Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
Betreff: Mitteilung der Verwaltung bezüglich der Wiersbergstraße

siehe TOP – 10.2.2

9.3 Mündliche Anfragen

10. Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

- 10.2.1 Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten nach dem
Ladenschlussgesetz

- 10.2.2 Abbindung Wiersbergstraße (Kalk)
Bezug: BV-Beschluss vom 09.11.2004 – TOP 7.2.2

- 10.2.3 Mitteilung der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR über Baumpflegearbeiten u. Baumfällarbeiten im Böschungsbereich von Kölner Bächen
hier: Flehbach

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 11.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS

- 11.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO

12. Verwaltungsvorlagen

- 12.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS

- 12.1.1 Grundschule Kapitelstraße 24-26, Köln-Kalk
-Elektroarbeiten-
DS-Nr. 004/805

- 12.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

13. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

13.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

13.2 Neue Anfragen

14. Mitteilungen

14.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

14.2 Mitteilungen der Verwaltung

I. Öffentlicher Teil

Herr Bezirksvorsteher Dohm eröffnet die 4. Sitzung in der Wahlperiode 2004/2009 und begrüßt die anwesenden Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter, die Verwaltung sowie die interessierte Bürgerschaft.

Als Stimmzähler werden Frau Dr. Behring, Herr Sledzinski und Herr Demirel benannt.

Die Bezirksvertretung Kalk erklärt sich mit der vorgelegten Tagesordnung einverstanden.

A Einführung und Verpflichtung eines neuen Mitgliedes der Bezirksvertretung Kalk gem. § 36 Abs. 5 i. V. m. § 67 Abs. 3 GO NW u. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln durch den Bezirksvorsteher

Herr Dohm verpflichtet Frau Diemer, ihre Aufgabe als Bezirksvertreterin des Stadtbezirks Kalk der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein Westfalen und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

B Wahl eines/r 2. stellvertretenden Bezirksvorstehers/in gem. § 36 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 67 Abs. 2 GO NW unter Leitung des Bezirksvorstehers

Herr Dohm teilt mit, dass ein gemeinsamer Antrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorliegt, der besagt, dass Frau Sabine Diemer zur zweiten stellvertretenden Bezirksvorsteherin gewählt werden soll. Des Weiteren verweist Herr Dohm auf einen ihm vorliegenden Antrag der NPD, die beantragt, den Posten des zweiten Stellvertreters nicht neu zu besetzen.

Herr Dohm lässt über den Antrag der NPD abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich dagegen, gegen die Stimmen von Herrn Speck und Herr Kirchner.

Herr Bezirksvorsteher Dohm ruft nunmehr zur Wahl einer zweiten stellvertretenden Bezirksvorsteherin auf. Herr Dohm weist darauf hin, dass die Wahl geheim erfolgen muss. Die Mitglieder der Bezirksvertreter werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen.

Die Auszählung ergibt folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen: 18
gültige Stimmen: 18

Auf den eingereichten Listenvorschlag entfallen

15 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

Somit ist Frau Sabine Diemer zur zweiten stellvertretenden Bezirksvorsteherin gewählt.

Frau Diemer erklärt auf Befragen des Bezirksvorstehers, dass sie die Wahl annimmt.

C Einführung u. Verpflichtung des/r 2. Stellvertreters/in des Bezirksvorstehers gem. § 36 Abs. 5 i.V.m. § 67 Abs. 3 GO NW u. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln durch den Bezirksvorsteher

Herr Bezirksvorsteher Dohm verpflichtet nunmehr Frau Diemer, ihre Aufgaben als stellvertretende Bezirksvorsteherin des Stadtbezirks 8 der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein Westfalen und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

1. **Einwohnerfragestunde**
2. **Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs 7 HS**
3. **Einwohneranträge gem. § 35 GO, § 15 Abs. 7 HS**
4. **Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gem. § 26 GO, § 16 Abs. 7, § 17 HS**
5. **Anregungen und Stellungnahmen des Ausländerbeirates gem. § 27 GO, § 23 Abs. 1 HS**
6. **Annahme von Schenkungen**
7. **Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 7.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
 - 7.1.1 Antrag der CDU-Fraktion
Betreff: Beschilderung zum Schulgelände Hardtgenbuscher Kirchweg 100

Herr Sledzinski (CDU) führt aus, dass nach dem Auszug der Kurt-Tucholsky-Hauptschule aus dem Schulbereich Hardtgenbuscher Kirchweg 100 in Köln-Ostheim das Gelände nicht mehr im eigentlichen Sinne als Schulzentrum bezeichnet werden kann. Um den Besuchern der auf diesem Gelände verbliebenen beiden Schulen die Orientierung zu erleichtern und auch diesen Schulen eine größere eigene Identität zu geben, so Herr Sledzinski weiter, erscheine es sinnvoll, alle überwiegend im erweiterten Kreuzungsbereich Frankfurter Straße/Rösrather Straße vorhandenen Hinweisschilder mit der Aufschrift „Schulzentrum“ zu ersetzen. Er bittet

von daher im Namen der CDU-Fraktion zu beschließen, dass die Verwaltung gebeten wird, alle Hinweisschilder mit der Aufschrift „Schulzentrum“, die das Gelände Hardtgenbuscher Kirchweg 100 als Ziel bezeichnen, zu ersetzen durch ein oder zwei Schilder, die die Namen der auf diesem Gelände beheimateten Schulen tragen. Diese Schilder sollen die Bezeichnung Heinrich-Heine-Gymnasium und Albert-Schweitzer-Realschule tragen.

Herr Schneider führt für die SPD-Fraktion aus, dass man hier mit der Haushaltssanierung anfangen könne und die vorhandenen Schilder ausreichend sind. Eine Änderung der jetzt überall vorhandenen Schilder sei zu kostenintensiv.

Frau Dr. Behring führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass man die Zeit einer schlechten Haushaltslage immer hervorheben müsse, man jedoch auch berücksichtigen muss, dass eine entsprechende Orientierung gegeben sein muss. Mit einer besseren Orientierungshilfe in Form der Beschilderung werde auch die Bürgerfreundlichkeit gestärkt. Dies gilt sicherlich auch in vielen Bereichen des Straßenverkehrs und deshalb werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag zustimmen.

Herr Kirchner (NPD) weist darauf hin, dass es das Schulzentrum schon einige Jahre gebe und dort viele Veranstaltungen stattfinden. Zu diesen Veranstaltungen kommen nach Ausführungen von Herrn Kirchner auch viele auswärtige Personen. Der Begriff Schulzentrum habe sich nun mal eingebürgert und sei an vielen Stellen auch so ausgeschildert. Allein aus diesem Aspekt würde es sich erübrigen, eine solche neue Beschilderung einzuführen. Herr Kirchner bittet darum, den Antrag zu überdenken und abzulehnen.

Frau Wirtz (FDP) führt aus, dass sie dem Antrag sehr gerne zustimme, weil die Albert-Schweitzer-Realschule früher in Höhenberg war, wo jetzt die Katharina-Henoth-Gesamtschule ist. Der Name Heinrich-Heine sei für das Gymnasium ebenfalls auch ein Name, der eine große Identität darlege. Von daher plädiert Frau Wirtz dafür, diese beiden Namen anstelle des Schulzentrums Ostheim entsprechend anzubringen. Des Weiteren möchte Frau Wirtz von der Verwaltung wissen, wie hoch sich die Kosten für diese Änderung darstellen.

Herr Neuenhöfer vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik führt aus, dass eine Kostenberechnung seitens der Verwaltung noch nicht vorliege. Seitens seines Amtes wird jedoch ein Vorschlag vorgelegt werden, der darauf hinzielt, dass die vorhandenen Tafeln ausgewechselt und umbeschriftet werden. Dies könnte sich finanziell relativ erschwinglich darstellen.

Herr Krems (SPD) spricht Frau Dr. Behring an und teilt seine Verwunderung über die Ausführungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit. Er verweist u.a. auf das riesige finanzielle Defizit in unserer Stadt. Vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag für ihn nicht nachvollziehbar. Herr Krems führt weiterhin aus, dass dieser Antrag für ihn ein Papier nach dem Motto sei „als wenn wir sonst keine Probleme hätten“. In Bezug auf die Orientierung zu diesen Schulen führt Herr Krems aus, dass für seine Fraktion zwei Schulen in der Tat immer noch ein Schulzentrum sind. Insofern glaube er schon, dass ein Ortsunkundiger auch mit dieser Beschilderung tatsächlich den Hardtgenbuscher Kirchweg und die dortigen Schulen finden würde. Die SPD-Fraktion könne sich jedoch vorstellen, wenn es eine Möglichkeit gebe, dass Fördervereine oder Dritte diese Umbenennung wünschen und finanzieren. Herr Krems gibt seine Verwunderung kund, dass die BV diesem Ansinnen zustimmen wolle.

Herr Hambloch (CDU) argumentiert, dass es wirklich kein Schulzentrum mehr ist, wenn auf einem Gelände ein Gymnasium und eine Realschule ansässig sind, die

nicht als gemeinsame Schulen gelten, sondern als zwei getrennte Schule zu sehen wären. Herr Hambloch greift nochmals den Vorschlag der Verwaltung auf, aus Kostengründen nur die Schilder entsprechend auszutauschen. Herr Hambloch führt weiter aus, dass man die Beschriftung der Schilder nur mit dem Namen Gymnasium und Realschule versehen könne.

Frau Dr. Behring, Bündnis 90/Die Grünen, fragt nochmals nach den Kosten. Herr Neuenhöfer bedauert, zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Kosten nennen zu können, wird jedoch die entsprechenden Kosten kurzfristig nachreichen.

Herr Thiele (SPD) erklärt, dass er das Schulzentrum Ostheim noch in hervorragender Erinnerung habe, und weil dort nach wie vor hervorragende Veranstaltungen durchgeführt werden. Zur Umbenennung führt Herr Thiele aus, dass mal ein Versuch unternommen wurde, im Stadtstaat Berlin das „Rote Rathaus“ im offiziellen Amtsddeutsch in „Berliner Rathaus“ umzubenennen. Nach wie vor wird dieses Rathaus auch heute noch „Rotes Rathaus“ genannt.

Herr Kirchner (NPD) fragt nach, was gemacht würde, wenn jetzt wieder eine andere Schule einziehe. Er möchte wissen, ob dann wieder Namen und Schilder geändert werden müssten.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion zu:

Die Verwaltung wird gebeten, alle Hinweisschilder mit der Aufschrift „Schulzentrum“, die das Gelände Hardtgenbuscher Kirchweg 100 als Ziel bezeichnen, zu ersetzen durch Schilder, die die Namen Gymnasium/Realschule tragen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion
und der Vertreterin der FDP

7.1.2 Antrag der SPD-Fraktion
Betreff: Schlechter Wegebelag, Verbindungsweg Sibeliusstraße zur Waldstraße in Köln-Vingst

Herr Neuenhöfer vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik teilt mit, dass sein Amt die Kosten schon ermittelt habe (ca. 10.000 €) und die Mittelbereitstellung schon erfolgt sei. Herr Neuenhöfer geht davon aus, dass die Angelegenheit in zwei Monaten erledigt ist.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion zu:

Die Verwaltung wird gebeten, den Belag des Verbindungsweges zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7.1.3 Antrag der SPD-Fraktion
Betreff: Ergänzung des Überweges Schulstraße/Oranienstraße in Köln-Höhenberg (Schulwegsicherungsmaßnahme)

Herr Thiele (SPD) weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass der Überweg ja glücklicherweise schon errichtet worden sei und auch sehr gut angenommen werde.

Seitens Herrn Neuenhöfer, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, wird mitgeteilt, dass die Beleuchtung vor einigen Tagen schon installiert wurde.

Der Antrag ist von daher als erledigt zu betrachten.

7.1.4 Antrag der SPD-Fraktion
Betreff: Verschönerung des Spielplatzes Stadtgarten in Köln-Kalk

Herr Thiele führt für die SPD-Fraktion aus, dass der Spielplatz im Kalker Stadtgarten jetzt schon seit 2 Jahren von 2 Spielplatzpaten betreut werde. Es wird darauf geachtet, dass alles ordnungsgemäß zugeht und der Spielplatz auch gut angenommen werde. Im Rahmen von weitergehenden Spielplatzinitiativen sei seitens der Spielplatzpaten eine Planerin ausfindig gemacht worden, die sich bereit erklärt habe, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kinderinteressen eventuell eine neue Planung zur Neugestaltung des Kinderspielplatzes zu fertigen. Auch haben sich viele ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger aus Kalk bereit erklärt, diesen Spielplatz in Eigenregie wieder herzurichten. Im Rahmen dieses Sachverhalts kam der Gedanke auf, das auf dem Spielplatz befindliche Gärtnerhäuschen möglicherweise zu nutzen, um diverse Geräte dort zu lagern und abzustellen. Herr Thiele bedauert, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln dieses Häuschen nur gegen ein Mietentgelt zur Verfügung stellen will. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass es durchaus angemessen wäre, dieses Gartenhäuschen den Spielplatzpaten zu dem genannten Zweck, ohne ein Mietentgelt zu überlassen. Herr Thiele weist weiter darauf hin, dass es, wie schon des Öfteren gefordert, angemessen erscheint, weitere Papierkörbe zur Aufstellung zu bringen.

Herr Buchwald von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln führt aus, dass die Gebäudewirtschaft ein Eigenbetrieb ist und somit der Eigenbetriebsverordnung des Landes NRW unterliegt. Die gesetzlichen Bestimmungen dieser Eigenbetriebsverordnung verbieten es, etwas unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Herr Buchwald führt weiterhin aus, dass eine Gemeinde sehr wohl nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung zur Förderung der Jugend etwas unentgeltlich oder unter dem Mietzins zur Verfügung stellen kann. Dies wäre in dem Fall gegeben, wenn das Jugendamt der Stadt Köln einen Förderungsgrund für diesen Zweck nachweisen kann. Die Kosten könnten dann über einen Förderungsbetrag seitens des Jugendamtes übernommen werden.

Herr Schade, CDU-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion den Antrag sehr gerne unterstützen würde, jedoch die Vorlage der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln dem Antragstenor entgegen spricht. Herr Schade bittet darum, einen Weg zu finden, wie die Finanzierung dieses Gartenhäuschens möglich sein könnte. .

Herr Buchwald weist nochmals auf die Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung hin. Er führt des weiteren aus, dass auf jeden Fall ein Gegenwert zu leisten ist, wenn durch die Gebäudewirtschaft Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Frau Dr. Behring, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, wozu im Falle einer Zurverfügungstellung dieses Gebäudes eine Betriebskostenvorauszahlung anfällt, wenn dieses Gebäude zur Zeit nicht genutzt wird.

Der Vertreter der Gebäudewirtschaft teilt mit, dass der von ihm genannte Betrag sich aus den zuletzt gezahlten Betriebskosten ergebe. Diese Betriebskosten werden jedoch jeweils dem tatsächlichen Kostenaufwand angeglichen.

Herr Thiele, SPD, schlägt nach nochmaliger eingehender Erläuterung des Antrages vor, dass die Bezirksvertretung Kalk diesen Antrag beschließen möge.

Frau Dr. Behring, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt an, dass die Verwaltung noch mal unterschiedliche Wege aufzeigt, wie man den ehrenamtlichen Spielplatz-

paten die Möglichkeit eröffnen kann, kostengünstig dieses Gartenhäuschen zu nutzen. Danach solle dann über die Angelegenheit entschieden werden.

Nach kurzer Beratung der Fraktionen und Einzelvertreter ruft Herr Dohm zur Abstimmung der Angelegenheit auf.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion zu:

Die BV Kalk möge folgendes beschließen:

1. das sich auf dem Gelände des Stadtgartens befindliche Gärtnerhäuschen ist zur Lagerung von Geräten unentgeltlich den Spielplatzpaten zur Nutzung zu überlassen,
2. auf dem Gelände, insbesondere im Bereich des Spielplatzes, sind geeignete Papierkörbe in angemessener Anzahl aufzustellen,

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Einzel-
vertreter von FDP, pro Köln und NPD

7.1.5 Antrag der CDU-Fraktion
Betreff: Aufhebung des absoluten Halteverbotes im Wendehammer Andreas-Hermes Straße

Herr Schuiszill, CDU-Fraktion, erläutert, dass es in letzter Zeit vermehrt zu Beschwerden von Eltern gekommen sei, dass sie von Ordnungskräften und der Polizei ermahnt worden sind, wenn sie morgens ihre Kinder mit dem Auto zur o. a. Örtlichkeit hingefahren haben, dort kurz anhalten um ihre Kinder aussteigen zu lassen. Aufgrund des absoluten Halteverbotes ist dort auch ein Ein- und Aussteigen nicht zulässig.

Herr Schuiszill bittet für die CDU-Fraktion darum, das absolute Halteverbot in diesem Bereich aufzuheben und durch ein eingeschränktes Halteverbot zu ersetzen.

Herr Neuenhöfer, Amt für Straßen und Verkehrstechnik führt aus, dass das Halteverbot nicht aufgrund des Bestehens des Einkaufsladens dort eingerichtet wurde, sondern im Jahre 1999 eine gesetzliche Regelung geschaffen wurde, dass im Bereich von Grundschulen ein Halteverbot in dieser Form eingerichtet werden musste. Ein Entfernen des jetzt angeordneten Verkehrszeichens sei von daher nicht möglich. Herr Neuenhöfer führt weiterhin aus, dass die Erfahrung es gezeigt habe, dass sich die Eltern der Schulkinder beim Rangieren mit ihren Pkws sehr unvernünftig verhalten, die Kinder zwischen den Autos herlaufen und es dadurch erhebliche Probleme gibt.

Herr Bezirksvorsteher Dohm schlägt vor, die Verkehrsschilder genau 5 m vor und 5 m hinter dem Eingang der Schule zur Aufstellung zu bringen. Somit hätte man den Bestimmungen des vor zitierten Gesetzes Genüge getan.

Herr Neuenhöfer vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik führt aus, dass er zum jetzigen Zeitpunkt das Gesetz nicht interpretieren könne. Hier müsse eine Prüfung durch Fachleute durchgeführt werden. Er weist aber nochmals darauf hin, dass es sich schon als problematisch darstellt, an dieser Örtlichkeit anzuhaltend, weil die Straße relativ schmal ist und dadurch eine Gefährdung besteht. Verstärkt wird dies dadurch, dass viele Personen, die dort mit dem PKW vorfahren, sich sehr unvernünftig verhalten und es dann zu Gefährdungen der Kinder kommt. Von daher sollte eine Rückgängigmachung des angeordneten Halteverbotes dort vermieden werden.

Herr Schuiszill kann diese Argumentation nicht nachvollziehen. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit die vorgegebene gesetzliche Vorschrift ausgelegt werden kann, um den Sinn und Zweck dieses Antrages doch zu erreichen. Weiter bittet Herr Schuiszill nochmals zu prüfen, zu versuchen, den Antrag zumindest soweit auszulegen, dass eine Freihaltung in den vorgeschlagenen Teilbereichen machbar gemacht werden kann. Eine weitere Hilfestellung könnte es auch sein, dass die Verkehrsüberwachung Kontrollen in diesem Bereich durchführt.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion zu:

Die BV Kalk möge folgendes beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, dass derzeit in der Zeit von 7.00 – 14.00 Uhr geltende absolute Halteverbot auf das unabdingbare Maß (5 m links und 5 m rechts vom Tor) im Bereich des Wendehammers Andreas-Hermes-Straße in Neubrück zu beschränken und durch ein eingeschränktes Halteverbot zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis einstimmig

7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO

8. Verwaltungsvorlagen

8.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO. § 19 Ab. 1 HS

8.1.1 Benennung von Planstraßen im Umlegungsgebiet 375 (Brück)
–Geviert Olpener Straße/Hoffnungsthaler Straße/Königsforststraße/Brücker Mausepfad-
DS-Nr. 001/805

und

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Die Angelegenheit wird auf die nächste Sitzung vertagt, um der Verwaltung Gelegenheit zu geben, die zusätzlichen Namensnennungen zu prüfen.

Die Tagesordnungspunkte 8.1.2 sowie 8.2.4 werden gemeinsam behandelt.

Unter Zustimmung der Bezirksvertretung wird der Tagesordnungspunkt 8.2.4 vorgezogen.

8.2.4 Beratung des Entwurfs des Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2005/2006 mit Investitionsprogramm bis 2008
DS-Nr. 003/805

und

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion/SPDFraktion/Bündnis 90/Die Grünen und 3 Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Verwaltung bringt den aktuellen Haushalt ein und nimmt ausführlich Stellung zur

aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln.

Danach nehmen die Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Herr Schuiszill, der SPD-Fraktion, Herr Krems, sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Dr. Behring eingehend zum Haushalt Stellung. (Die Haushaltsreden der CDU-Fraktion sowie SPD-Fraktion sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt)

Es wird getrennt abgestimmt.

1.

Die Bezirksvertretung Kalk lehnt den Änderungsantrag 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab:

„Die Bezirksvertretung Kalk fordert den Rat hiermit auf, die bezirksorientierten Mittel im Haushaltsplanentwurf 2005 und 2006 nicht zu kürzen. Demnach sind hier die Ansätze in Höhe des Haushaltsjahres 2004 fortzuschreiben u. somit auf 560.000 € festzusetzen. Sockelbetrag je Bezirk u. Kopfbetrag sind entsprechend anzupassen.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen u. dem Einzelvertreter der PDS

2.

Die Bezirksvertretung Kalk lehnt den Änderungsantrag 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab:

„Die Bezirksvertretung Kalk fordert den Rat auf, die im o. a. Ratsbeschluss weitergehenden Befugnisse für eine erweiterte Finanzverantwortung der Bezirke in die Vorlage des Haushaltsentwurf gem. des Beschlusses Nr. 2 vom 20. 7. 04 (DS-Nr. 1018/004) aufzunehmen.

Die Verwaltung wird gebeten, die erhöhten Ansätze des Vermögens- u. Verwaltungshaushaltes, über die die Bezirksvertretungen entscheidungsbefugt sind, entsprechend auszuweisen.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen u. dem Einzelvertreter der PDS

3.

Die Bezirksvertretung Kalk lehnt den Änderungsantrag 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab:

„Die Bezirksvertretung Kalk beschließt:

Dem Rat wird empfohlen, den bisherigen Zeitraum im Haushaltssicherungskonzept zum Abbau der Altfehlbeträge zu prüfen und den Zeitraum für den Abbau ggf. angemessen zu verlängern, um einen nicht verantwortbaren Vermögensverzehr vorzubeugen.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen u. dem Einzelvertreter der PDS

4.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu:

„Der Rat wird aufgefordert, den Haushaltsansatz für die rechtsrheinische Frauenberatungsstelle (Diakonie) in Höhe von € 43.000,00 beizubehalten. Gleichzeitig wird

der Rat aufgefordert, gemäß seinem früheren Beschluss des Haushaltsansatz für die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt von derzeit 0 € wieder auf € 80.000,00 zu setzen u. 50 % der Diakonie Michaelshoven zur Fortführung der Arbeit in den rechtsrheinischen Stadtteilen zur Verfügung zu stellen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Über die Punkte 1 – 4 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion wird getrennt abgestimmt.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt Punkt 1 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zu:

1. Zur Erhöhung der Transparenz sind in den nachfolgenden Bereichen zusätzlich bezirkliche Hpl.-Ansätze auszuweisen:

a) Verwaltungshaushalt

- Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung städt. Liegenschaften im Stadtbezirk (UA 8800 und 8820)
- Ausgaben, die im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Bezirksvertretung zu Verkehrsführung, Einrichtung von Parkplätzen, Beschilderung usw. von Straßen mit nur bezirklicher Bedeutung zu leisten sind (UA 6300)
- Ausgaben für die laufende Unterhaltung von Schulen im Stadtbezirk (EPL 2)
- alle Sachkostenansätze der einzelnen Bürgerzentren (wie bisher) (UA 7620)
- Zuschüsse an Vereine, Verbände, Initiativen etc. im Stadtbezirk, die sich sozialen Aufgaben widmen (EPL 4)
- Gebühren für Sondernutzungserlaubnisse für Straßen, Wege und Plätze mit bezirklicher Bedeutung

b) Vermögenshaushalt

- Zuschüsse zur Erhaltung von Kunstdenkmälern, Denkmalpflege an stadt eigenen Objekten (UA 3650)
- Zuschüsse an Sportvereine für investive Maßnahmen (UA 5510)
- Herrichtung von Kinderspielplätzen (UA 4601)
- Wegebau in Grünanlagen (UA 5800)

Da die v. g. Ansätze sowohl Maßnahmen rein bezirkliche Bedeutung als auch solche mit bezirksübergreifender Relevanz besitzen, wird die Verwaltung gebeten, eine Aufteilung der Hpl.-Mittel (nur bezirkliche Bedeutung bzw. bezirksübergreifend) auf der Basis des letzten bzw. vorletzten Jahres vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt Punkt 2 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zu:

2. Zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung durch die BV sind die nachfolgenden Handlungsfelder vorzusehen:

- Förderung und Unterstützung örtlicher Vereine u. ä., die sich sozialen Aufgabe widmen.
- Zuschüsse an Arbeitslosenzentren und für Maßnahmen der Altenhilfe (EPL 4)
- Förderung und Unterstützung örtlicher Sportvereine (EPL 5)
- Unterhaltung von Spielplätzen

Über die Verteilung der im Haushaltsplan veranschlagten Mittel entscheidet derzeit der Fachausschuss gemäß Zuständigkeitsordnung. Sofern es sich um Vereine mit nur bezirklicher Bedeutung handelt, liegt das Entscheidungsrecht aber bei der Bezirksvertretung (z.B. Förderung Freier Träger Jugendhilfe, Spielplatzmaßnahmen).

Diese Handlungsfelder beinhalten ebenfalls Maßnahmen mit rein bezirklicher bzw. mit überbezirklicher Bedeutung. Die Verwaltung wird gebeten, eine Differenzierung vorzunehmen, entsprechende Mittelumschichtungen auszuweisen und ggf. Änderungen der Zuständigkeitsordnung herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt Punkt 3 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zu:

3. Die Ansätze für kulturelle Laienkunst mit einem Gesamtvolumen von 94.800 € sind den bezirklichen Pauschalbeträgen zuzuschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt Punkt 4 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zu:

Der Haushaltsplan ist nach der Erstellung des Veränderungsnachweises nochmals der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen, damit diese ihr Anhörungsrecht ausüben kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU

Die Bezirksvertretung des Stadtbezirkes Kalk nimmt den Entwurf des Doppelhaushalts 2005/2006 mit Investitionsprogramm 2004 – 2008, dem Haushaltssicherungskonzept sowie die Finanzplanung 2004 – 2008 zustimmend zur Kenntnis unter der Maßgabe der getroffenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Einzelvertreter der FDP und PDS

- 8.1.2 Veranschlagung bezirksorientierter Mittel nach § 37 Abs. 3 GO NW für das Haushaltsjahr 2005/2006
DS-Nr. 002/805

Die BV Kalk stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu.

Die BV Kalk beschließt, die Verwendung der bezirksorientierten Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 in Höhe von je 51.400,- €. Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der durch den Rat noch endgültig festzusetzenden Mitteln.

Die Ausgabemittel werden gem. Anlage 1 zu diesem Beschluss aufgeteilt.

Einzelbeschlussvorlagen zu Projekten und Maßnahmen, die aus bezirksbezogenen Haushaltsmitteln gefördert u. finanziert werden sollen, werden zu gegebener Zeit der BV Kalk zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

- 8.2.1 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 14 Ladenschlussgesetz für die Genehmigung von Sonderöffnungszeiten für Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen anlässlich besonderer Veranstaltungen
DS-Nr. 0001/005

Die BV Kalk stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 14 Ladenschlussgesetz den Erlass der als Anlage 2 beigefügten ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen zu den in der Anlage 1 aufgeführten Terminen, Zeiten u. Anlässen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8.2.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 5101
Einleitungs- u. Offenlagebeschluss –
Arbeitstitel: Rolshover Straße in Köln-Poll und Köln-Humboldt/Gremberg
DS-Nr. 1438/004

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 5101 für das Gebiet der heutigen Rolshover Straße zwischen Westerwaldstraße u. Rolshover Straße/Ecke Auf dem Sandberg in Köln-Poll u. Köln-Humboldt/Gremberg - Arbeitstitel: Rolshover Straße in Köln-Poll u. Köln-Humboldt/Gremberg - nach § 2 Abs. 1 u. 4 Baugesetzbuch einzuleiten u. ihn zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch öffentlich auszulegen;
2. von einer vorgezogenen Beteiligung der Bürger nach § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. Baugesetzbuch abzusehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8.2.3 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
Ganztagsangebote für 10 – 14 jährige Schülerinnen u. Schüler in Jugendeinrichtungen und Bürgerzentren
DS-Nr. 151/804

Die BV Kalk stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu:

Wir empfehlen dem Rat gem. § 36 Abs. 5 Satz 2 GO NW die Fortführung der „Ganztagsangebote für 10 – 14jährige Schülerinnen und Schüler in Jugendeinrichtungen und Bürgerzentren entsprechend beiliegender Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

- 9.1.1 mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Betr.: Razzia wegen Schwarzarbeit ggü. Kalk-Arkaden

Bezug: Sitzung der BV Kalk vom 9. 12. 2004 – TOP 9.3.2

- 9.1.2 Anfrage Herr Wolfgang Speck
Betr.: Müllvermeidung in den Stadtteilen

Bezug: Sitzung der BV Kalk vom 9. 12. 2004 –TOP 9.2.

- 9.1.3 mündliche Anfrage Herr Bruno Kirchner
Betr.: Gewährung städt. Beihilfen an Sportvereine im Bezirk Kalk

Bezug: Sitzung der BV Kalk vom 9. 11. 2004 –TOP 10.2.3

- 9.1.4 Anfrage CDU-Fraktion
Betr.: Parkscheinautomat Brücker Mauspfad

Bezug: Sitzung BV Kalk vom 9. 11. 2004 - TOP 9.2.2

- 9.1.5 mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Betr.: Einladung zur Kunstroute in Kalk

Bezug: Sitzung BV Kalk vom 9. 12. 2004 – TOP 9.3.1

- 9.1.6 Anfrage SPD-Fraktion
Betr.: Ortsumgehung Ostheim

Bezug: Sitzung BV Kalk vom 9. 11. 2004

- 9.1.7 Anfrage CDU-Fraktion
Betr.: Benachrichtigungen der Stadt bzgl. abgelaufener Personalausweise

Bezug: Sitzung BV Kalk vom 9. 12. 2004
Die Antworten liegen der Bezirksvertretung schriftlich vor.

9.2 Neue Anfragen

- 9.2.1 Anfrage Herr Wolfgang Speck
Betreff: „Wochenmarktproblematik“ in Kalk
- 9.2.2 Anfrage der CDU-Fraktion
Betreff: Nicht aufgeführte Straßen im Straßenreinigungsverzeichnis – Hans-Schulten-Straße – Neubrücker Ring – Rather Kirchweg
- 9.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion
Betreff: Fahrbahnbelag Alte Forststraße in Rath/Heumar
- 9.2.4 Anfrage der CDU-Fraktion
Betreff: Tischtennisplatten auf dem Marktplatz Ostheim (Hardtgenbuscher Kirchweg/
Rösrather Straße
- 9.2.5 Anfrage der CDU-Fraktion
Betreff: Anlegen von 2 Drainagen auf dem Bolzplatz Ostheim / Kläranlage
- 9.2.6 Anfrage der SPD-Fraktion
Betreff: Aktion Wintercheck im Stadtbezirk 8
- 9.2.7 Anfrage der SPD-Fraktion
Betreff: Abmontierte Sitzbänke in Höhenberg
- 9.2.8 Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
Betreff: Mitteilung der Verwaltung bezüglich der Wiersbergstraße

siehe TOP – 10.2.2

9.3 Mündliche Anfragen

10. Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

- 10.2.1 Konsensrunde zur Regelung von Sonderöffnungszeiten nach dem Ladenschlussgesetz
- 10.2.2 Abbindung Wiersbergstraße (Kalk)
Bezug: BV-Beschluss vom 9. 11. 2004 – TOP 7.2.2
- 10.2.3 Mitteilung der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR über Baumpflegearbeiten u. Baumfällarbeiten im Böschungsbereich von Kölner Bächen
hier: Flehbach

(Dohm)
Bezirksvorsteher

(Mechernich)
Schriftführer